

Liebe Leserin, lieber Leser,
die Mobilisierungen zum 1. Mai sind ein zentraler Bestandteil der Aktivitäten verschiedener linker Bewegungen und Organisationen. Viele Millionen Menschen in allen Teilen der Welt beteiligen sich an den Demonstrationen und Kundgebungen. Sie eint dabei die Erkenntnis, dass eine Alternative zum Kapitalismus, zu Kriegen und der Zerstörung der Natur für Profite, eine Alternative zur Ausrichtung jeder Facette des täglichen Lebens nach Kapitalinteressen nötig und möglich ist. Wir tragen am traditionellen Kampftag der Arbeiterinnen und Arbeiter die Forderung nach einer Gesellschaftsordnung, die auf Solidarität, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aufbaut, offensiv auf die Straße.

Wir mobilisieren in diesem Jahr am 1. Mai gemeinsam mit vielen weiteren Gruppen nach Heilbronn. Dort wollen Nazis aus ganz Süddeutschland und darüber hinaus aufmarschieren um ihre menschenverachtende Hetze zu verbreiten. Mehr als 50 faschistische Gruppen mobilisieren schon seit Wochen. Ihre Versuche, ein System als Alternative anzupreisen, das die alten Eliten an der Macht hält, die Diskriminierung von MigrantInnen und anderen Minderheiten noch weiter verschärft und einen dumpfen und aggressiven Nationalismus zum Mittelpunkt hat, haben eine lange Tradition. Die Geschichte hat gezeigt in welch unbeschreiblicher Barbarei dies enden kann. Dort wo die rechten und faschistischen Kräfte stark sind, zeigt sich auch heute die Gefahr die von ihnen ausgeht: mehr als 140 von ihnen ermordete Menschen seit 1990 in Deutschland, unzählige Übergriffe auf MigrantInnen und Linke und eine stetige aggressive Hetze gegen linke und fortschrittliche Kräfte sprechen für sich.
Nicht zuletzt am 1. Mai gilt es, den rechten Hetzern nicht die Straße zu überlassen und mit allen Mitteln zu versuchen ihren Aufmarsch zu verhindern.
Natürlich werden wir uns in Heilbronn nicht auf Aktionen und Blockaden gegen die Nazis beschränken. Wir werden dort zudem gemeinsam im Rahmen einer linken und revolutionären 1. Mai Mobilisierung auf die Straße gehen. Am Vorabend, Samstag, den 30. April wird es außerdem in Stuttgart und Mannheim eigenständige Mobilisierungen zum 1. Mai geben.

Die Texte in dieser Zeitung gehen auf zwei zentrale Themen im Vorfeld der Mobilisierung ein: die insbesondere von der CDU und bürgerlichen Medien verstärkt betriebene Gleichsetzung von Links und Rechts, sowie die Notwendigkeit von aktivem Antifaschismus. Zum 1. Mai hin ist die Veröffentlichung weiterer Texte geplant.

Alles Extremismus?

„Das sind doch alles Extremisten!" – Solche Aussagen sind immer wieder zu hören, von Passanten am Rande von linken Demonstrationen, oder in einschlägigen Diskussionsrunden in Talkshows und natürlich von verschiedenen Seiten im Vorfeld der diesjährigen Mobilisierung zum 1. Mai in Heilbronn. Im gleichen Atemzug wird vor „Linksextremismus und Rechtsextremismus" gewarnt. Was aber ist mit diesen Bezeichnungen gemeint, wer sind diese „Extremisten"? Welche Zwecke werden mit der Verwendung des Begriffs erfüllt?

Die Extremismustheorie
Der Begriff „Extremismus" (lat. extremus: besonders gefährlich und schlecht, extremitas: äußerster Punkt) entstand als Kategorie zur Aufgabenstrukturierung in den Verfassungsschutzämtern. Aufgegriffen von konservativen Wissenschaftlern und Vertretern der Neuen Rechten, fand er ab Mitte der 1970er Eingang in Politik- und Sozialwissenschaften. Der Extremismustheorie liegt die Vorstellung zugrunde, dass sich das politische Spektrum entlang einer Achse gruppiere, die von links über die gemäßigte Mitte bis nach rechts reiche. Zur Erklärung und Vermittlung des Ansatzes wird auch gerne eine Hufeisen-Graphik verwendet, in der sich „Extremisten" von links und rechts an den „Rändern des demokratischen Verfassungsbogens" sogar annähern.

Entsprechend dieser Einordnung werden „Extreme" als bedrohlich empfunden – die Mitte hingegen erscheint als normal. Dabei wird außer Acht gelassen, dass sogenannte „rechtsextreme" Ideologiefragmente von einem erheblichen Teil dieser bürgerlichen „Mitte" befürwortet werden und dass beide im Wesentlichen die gleichen Grundlagen haben: ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, die Betonung nationaler Interessen gegenüber anderen Staaten, eine Ablehnung von demokratischen Mitbestimmungsrechten der Bevölkerung in sämtlichen Bereichen etc. Bezeichnend ist es, dass Eckhard Jesse, einer der führenden „Extremismusforscher" seine These einer angeblichen Ähnlichkeit der Linkspartei und der NPD damit begründet, dass von beiden Parteien „die Systemfrage" gestellt werden würde. Dass Linke wenn sie das „System" in Frage stellen, damit den Kapitalismus meinen und ein demokratischeres Wirtschaftssystem aufbauen wollen, während die NPD mit „dem System" die Demokratie in Frage stellt, lässt er unter den Tisch fallen. Das Modell kaschiert auch, dass die parlamentarische Demokratie oft weniger von den politischen Rändern als von den Eliten selbst bedroht wird, die ihre Privilegien durch Massenproteste gefährdet sehen und ihre Interessen mit Hilfe staatlicher Gewalt durchsetzen. Nicht selten tun sie das gerade unter dem Vorwand, lediglich gegen „Extremisten" vorzugehen.

In der verwendeten „Beweisführung" wird zudem der qualitative Unterschied von heutiger rechter und linker Gewalt vollständig ausgeblendet: Nazis greifen Menschen an, weil sie eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen, homosexuell sind oder aus anderen Gründen nicht dem rech-

ten Weltbild entsprechen und ihnen als Sündenböcke oder schlicht als Objekt um die eigenen Aggressionen auszuleben, dienen. Sie haben keine Hemmungen Menschen aus diesen Gründen tot zu prügeln oder Häuser in Brand zu setzen. Nach einer Zählung der Amadeu Antonio Stiftung haben Angriffe von Nazis in Deutschland im Zeitraum von 1990 bis Ende 2009 149 Todesopfer gefordert. Aktionen von Links, auch die die als „gewalttätig" angesehen werden, richten sich hingegen nicht aus auch nur irgendwie vergleichbaren Gründen gegen andere Menschen. Sie haben im Gegenteil das Ziel, zu einer Gesellschaftsordnung beizutragen, in der niemand aufgrund seiner Herkunft, sexuellen Orientierung oder ähnlichen Gründen diskriminiert oder bedroht wird. In der Regel sind die behaupteten Gewalttaten von Links daher schlicht Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht, wenn diese versucht Demonstrationen einzuschränken, die Interessen der Kapitalistenklasse durchzusetzen oder auch Aufmärschen der rechten Hetzer und Mörder den Weg frei zu machen. Aktionen gegen Nazis werden niemals mit Mitteln wie dem Anzünden von Wohnhäusern durchgeführt und sind weniger ein Akt der Aggression, als des (vorausschauenden) Schutzes der Opfer der rechten Gewalt.

Der Kampfbegriff des „Extremismus" behindert nicht nur die notwendige Analyse rechter Ideologien und anti-egalitärer Haltungen in anderen politischen Strömungen der „gesellschaftlichen Mitte", sondern leugnet auch die historische Verantwortung der konservativen Eliten am deutschen Faschismus. Die sogenannte „Mitte" im, von der staatsoffiziellen Ideologieproduktion und den Repressionsapparaten (Verfassungsschutz, Staatsschutz) willkürlich festgelegten, politischen Koordinatensystem wird so zur einzig denkbaren, vernünftigen, „freiheitlichen" und überhaupt zur bestmöglichen Organisationsform der Gesellschaft erklärt. Wissenschaftler wie Christoph Butterwegge und Wolfgang Wippermann weisen daher seit Jahren darauf hin, dass die Extremismustheorie in erster Linie ein politisches Instrument ist, das zur Diskreditierung linker Politik eingesetzt wird.

Vor allem Politikwissenschaftler aus dem Umfeld von Uwe Backes und Eckhard Jesse – beides geistige und praktische Nachfolger des Professors Dr. Hans-Helmuth Knütter, des Vordenker der Neuen Rechten – sind es, die seit Ende der 1980er Jahre versuchen, die Extremismustheorie im Wissenschaftsbetrieb sowie in der Öffentlichkeit zu etablieren. Ihnen ist es nicht zuletzt deshalb ein Anliegen, missliebige linke Positionen zu isolieren und zu diskreditieren, da sie selbst aus dem rechts-konservativen Spektrum stammen.

Eine Wissenschaft die im Dienst von Staat und Partei steht, ist laut den Vertretern der Totalitarismus- und Extremismustheorie, im übrigen aber gerade ein Merkmal „totalitärer Systeme".

Eine stumpfe Theorie als Staatsdoktrin

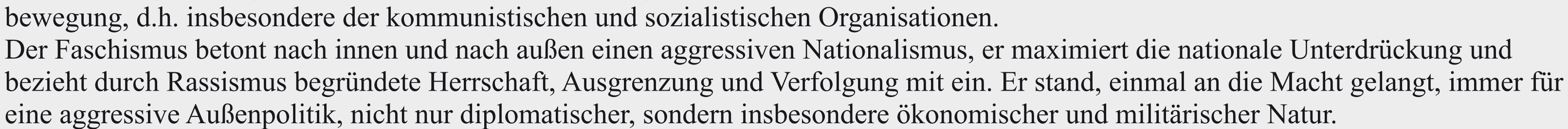
Die Extremismustheorie wird seit dem Regierungsantritt von CDU, CSU und FDP immer offensiver von Regierungskreisen propagiert und findet zunehmend Einzug in die staatliche Politik. Gelder, die einst Projekten gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zur Verfügung gestellt wurden, sollen ab diesem Jahr aufgeteilt werden und auch Projekten gegen „Linksextremismus" zugute kommen. Die staatliche Unterstützung für die, ohnehin unterfinanzierten, Projekte gegen rassistische Vorurteile oder für die Beratung von Opfern fremdenfeindlicher Gewalt, wird somit faktisch weiter gekürzt – zugunsten einer Finanzierung der politischen Stimmungsmache gegen linke Politik.
Zudem soll antirassistischen Projekten, die im Verdacht stehen politisch zu weit links zu stehen, die finanzielle Unterstützung entzogen, bzw. sie gezwungen werden, sich von linken Positionen zu distanzieren und nicht mit „Linksextremisten" zusammen zu arbeiten. Wo diese Schwelle erreicht ist, richtet

Was ist Faschismus?



Fascismo war ursprünglich die Selbstbezeichnung jener rechten Bewegung, die Italien unter Benito Mussolini von 1922 bis 1943 beherrschte. Bereits in den 1920er Jahren weiteten Gegner dieser Bewegung den Begriff auch auf andere rechten Strömungen, besonders auf den deutschen „Nationalsozialismus", aus.
Der Begriff wird seither verwendet, um eine besondere bürgerliche und imperialistische Herrschaftsform zu bezeichnen. Der bulgarische Kommunist Georgi Dimitroff nannte 1935 den Faschismus an der Macht die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, der am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Die Ausrichtung der faschistischen Diktatur ist besonders reaktionär und konterrevolutionär, ihr zunächst gewichtigstes Ziel war stets die Vernichtung der (revolutionären) ArbeiterInnenbewegung, d.h. insbesondere der kommunistischen und sozialistischen Organisationen.



Der Faschismus betont nach innen und nach außen einen aggressiven Nationalismus, er maximiert die nationale Unterdrückung und bezieht durch Rassismus begründete Herrschaft, Ausgrenzung und Verfolgung mit ein. Er stand, einmal an die Macht gelangt, immer für eine aggressive Außenpolitik, nicht nur diplomatischer, sondern insbesondere ökonomischer und militärischer Natur.

Insbesondere für den deutschen Faschismus war die Übernahme sozialistischer Elemente in die eigene Propaganda prägend: die Selbstbezeichnung als „Nationalsozialisten" und als „Arbeiterpartei", rote Fahnen (ergänzt mit dem Hakenkreuz), eine vorgebliche Kritik am Kapitalismus, an „Bonzen" und „Ausbeutern". An der tatsächlichen wirtschaftlichen und politischen Orientierung ließen sie allerdings keinen Zweifel aufkommen. Hitler betonte bei Reden vor Kapitalistenverbänden stets den tatsächlichen Charakter der NSDAP, als Partei die die Interessen des Großkapitals wart und alles andere als eine Vergesselschaftung der Betriebe, eine Enteignung von Großgrundbesitz o.ä. im Sinn hat. Die Klasse die am brutalsten unter politischer Verfolgung und Entrechtung im Faschismus zu leiden hatte, aus der es dementsprechend auch den stärksten Widerstand gab, war die ArbeiterInnenklasse. Die zeitweisen materiellen Verbesserungen für einen kleinen Teil der ArbeiterInnen in Deutschland, diente lediglich dem Streben nach ihrer Kollaboration. Sie wurden teilweise durch den Raub des Besitzes der jüdischen Bevölkerung ermöglicht und waren teilweise auch nur eine „Leihgabe", die durch die Beteiligung an den mörderischen Raubkriegen für das deutsche Kapital, wieder zu begleichen war. Bis heute fallen Menschen auf die Propaganda der rechten Hetzer rein, die sich als „Vertreter des kleinen (deutschen) Mannes" gebärden, gelegentlich gegen „Bonzen" und „Spekulanten" wettern und doch nicht mehr zu bieten haben als eine Spaltung der Arbeiterinnen und Arbeiter und eine sinnlose und menschenverachtende Feindschaft MigrantInnen gegenüber, sowie antisemitische Verschwörungstheorien einer „jüdischen Weltherrschaft".
Der Faschismus war und bleibt die Terrorherrschaft, die offene Diktatur im Gegensatz zur verdeckten des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus. Er ist die stets drohende Option der herrschenden Klasse zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen. Seine unaussprechliche Brutalität und Barbarei wurden mit den geführten Angriffskriegen, seiner politischen Verfolgung und insbesondere der millionenfachen Ermordung von Jüdinnen und Juden im Holocaust offenbar. Es ist alles dafür zu tun dass sich dies alles niemals wiederholen wird.

sich nach dem Ermessen des Verfassungsschutzes. Projekte die sich neben ihrem Einsatz gegen Rassismus gesellschaftskritisch äußern oder gar auch staatliches rassistisches Vorgehen kritisieren, laufen somit Gefahr ihre Arbeit einstellen zu müssen. Hunderte Institutionen und Einzelpersonen haben daher bereits massive Bedenken an einer solchen Praxis angemeldet und sich öffentlich gegen diese politische Zensur ausgesprochen.

Auch die Aufarbeitung der Verbrechen des deutschen Faschismus, die nach Jahrzehnten des Schweigens und der Duldung der alten Nazi-Eliten, durch hartnäckige Arbeit und Kampagnen zumindest ein Stück weit mit Gedenkstätten und -tagen durchgesetzt wurde, wird wieder in Frage gestellt. So werden der Holocaust, die Angriffskriege, die politische Verfolgung und Ermordung hunderttausender politischer Gegner des Nazi-Regimes und weitere Verbrechen relativiert, in dem behauptet wird, die DDR sei ähnlich verbrecherisch wie das System der Nazis gewesen. Immer häufiger wird von „den zwei deutschen Diktaturen" phantasiert und stetig neue Horrorgeschichten über die einstigen, sich als sozialistisch begreifenden Staaten, zum besten gegeben.

Die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in Schulen oder durch staatlich finanzierte Gedenkarbeit, wird somit ebenfalls politisch instrumentalisiert. Das Ziel ist klar: eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Faschismus soll vermieden werden. Schließlich müssten bei dieser auch die Rolle der bürgerlichen Parteien und der Eliten aus der Wirtschaft, sowie die alten Nazi-Funktionäre die nach 1945 in allen staatlichen Bereichen hohe Ämter besetzten und allgemein der Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus, thematisiert werden. Zudem soll eine Beschäftigung mit den Errungenschaften der Versuche eine sozialistische Gesellschaftsordnung aufzubauen, als sinnlos erscheinen – alle Alternativen zum Kapitalismus hätten sich laut der verordneten Meinung schließlich als brutal und barbarisch erwiesen, basta.

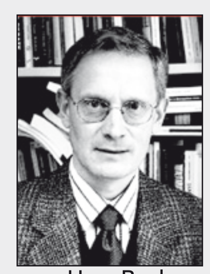
Für eine starke Linke

Dass die Gleichsetzung linker und rechter Positionen haltlos und letztlich nicht mehr als eine propagandistische Masche aus konservativen und rechten Kreisen ist, macht sie nicht ungefährlicher. Die damit offen und vielfach auch unterschwellig betriebene Diffamierung linker und antikapitalistischer Positionen, ob in den Medien, in Schule und Universitäten, durch Vorträge oder Bücher verbreitet, bleibt nicht folgenlos. Sie dient der Einschränkung antifaschistischer, linker und klassenkämpferischer Aktivitäten. Sie trägt insbesondere auch dazu bei, dass sich viele nicht näher mit als „extremistisch" verstandenen linken Positionen beschäftigen, kein klares antifaschistisches Selbstverständnis entwickeln und die herrschenden Verhältnisse als alternativlos akzeptieren. Es ist nicht hinzunehmen, dass das kommunistische Ziel einer Gesellschaft ohne Kriege, ohne Armut, ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und ohne Zerstörung der Natur mit den zutiefst menschenverachtenden Vorstellungen der Faschisten unter derselben Formel subsumiert wird. Die Extremismustheorie ist direkter Ausdruck der Interessen des Kapitals an störungsfreier Anhäufung von Reichtum und an der Beseitigung jeder Gefahr die von der ausgebeuteten Klasse ausgehen könnte.
Es gilt, Aufklärungsarbeit über die Stoßrichtung des Extremismus-Quatschs zu betreiben und den konservativen Akteuren in der Politik durch solidarische Bündnisarbeit weniger Raum für Diskriminierungen zu überlassen. Die Konsequenz aus der Kritik an der Extremismusdoktrin kann nur sein, ihr in all ihren Formen entgegenzutreten.
Die Gegner gesellschaftlichen Fortschritts, die Ausbeuter, Lohnkürzer und Kriegstreiber stehen rechts von linker und revolutionärer Politik – ob sie Anzug und Krawatte oder Springerstiefel tragen, ob sie bieder daherkommen und linke Politik als „extremistisch" diskreditieren oder sich selbst als radikal und rebellisch darstellen. ■



Die „Extremismusexperten"

Seit Ende der 80er Jahre maßgeblich für die Verbreitung der Extremismustheorie verantwortlich sind die rechts-konservativen Politikwissenschaftler Uwe Backes (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung an der TU Dresden) und Eckhard Jesse (TU Chemnitz). Mittlerweile werden sie für politische Schulungen von Verfassungsschutz und Polizei herangezogen, ihre Bücher werden in großen Mengen von der Bundeszentrale für politische Bildung verbreitet, hochrangige Politiker bis hinein in die SPD, insbesondere aber Familienministerin Schröder (CDU) sind maßgeblich von ihnen beeinflusst.
Erstmals erlangten Jesse und Backes 1990 eine größere Öffentlichkeit. Gemeinsam mit dem Verlagslektor Rainer Zitelmann brachten sie den Sammelband »Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus« heraus. Der Band, in dem die Verbrechen der Nazis relativiert werden, wurde ganzseitig in der neofaschistischen Zeitschrift Nation + Europa beworben und gilt als eines der grundlegenden Werke des deutschen Geschichtsrevisionismus. Im Vorwort wenden sich die Herausgeben gegen die „besondere Ghettoisierung und Stigmatisierung von Rechtsextremisten" und die „Rituale einer falschen Unterwürfigkeit".
Der damalige Mitherausgeber Rainer Zitelmann war schon seit einigen Jahren damit beschäftigt, Adolf Hitlers Bild in der Geschichte aufzupolieren, was er als „Bemühen um Verstehen statt moralisches Verurteilen" bezeichnete. Hitler war seines Erachtens nach ein „Sozialrevolutionär" dem es um „Chancengleichheit" ging. Zitelmanns Text „Hitler, Selbstverständnis eines Revolutionärs" wurde vom früheren NPD-Chef Adolf von Thadden als „bahnbrechend" bezeichnet, da Zitelmann „ohne Scheu vor verordneten Tabus" vorgegangen sei.
Während Zitelmann inzwischen in der Immobilienbranche tätig ist, sind Jesse und Backes weiterhin, und zunehmend erfolgreicher, im politischen Geschäft tätig.


Uwe Backes


Eckhard Jesse

Prof. Hans-Helmuth Knütter, der inzwischen auch offen bei Neonazis auftritt, prägte als Beiratsmitglied über Jahre die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb); 1990 schrieb er in der Schriftenreihe des Bundesinnenministeriums Texte zur inneren Sicherheit: „Die Aufdeckung der kommunistischen Untaten legt es nahe, nationalsozialistische Taten zu relativieren und eben nicht als einmalig und unvergleichbar erscheinen zu lassen". In seinem Buch »Die Faschismuskeule – das letzte Aufgebot der Linken« fordert er, einen „Schlussstrich" unter die Zeit des Faschismus in der deutschen Geschichte zu ziehen, da dies der Gesellschaft wieder erlauben würde, einen positiven Bezug zu „Volk" und „Nation" aufzubauen. Knütter spricht einem Antifaschismus der Linken die Legitimation ab und hat es sich zur Aufgabe gemacht, den „Antifaschismus als politischen Kampfbegriff" unschädlich zu machen.


H.H. Knütter

FASCHISTEN BEKÄMPFEN

zusammen überall mit allen Mitteln

Im folgenden Interview mit zwei Genossinnen, die insbesondere im Bereich Antifaschismus, sowie aktuell zu den Aktivitäten am 1. Mai in Heilbronn arbeiten, geht es vor allem um die Notwendigkeit von antifaschistischem Engagement und die Mobilisierung am diesjährigen 1. Mai. Es findet darin ein sachliche Thematisierung der Notwendigkeit der antifaschistischen Proteste in ihren unterschiedlichen Formen statt.

Die NPD hat bei den Landtagswahlen am 27. März nur ein Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Das könnte die Positionen von denjenigen bestärken, die die Nazis als eine vernachlässigbare Randerscheinung darstellen, gegen die keine größeren Protest- und Widerstandsaktionen notwendig sind...

Sara: Zunächst einmal ist dazu festzuhalten, dass allein in Baden-Württemberg 45 000 Menschen mit der NPD eine offen faschistische Partei gewählt haben, dazu noch einmal mehr als 50 000 die rechtskonservativen Republikaner, die in ihrer Hetze der NPD kaum nachstehen – in der Vergangenheit war auch eine Vereinigung der beiden Parteien, wie sie kürzlich von NPD und DVU erfolgte, immer wieder im Gespräch. Bei Umfragen hat die NPD außerdem bei unter 18 Jährigen deutlich mehr als 1% der Stimmen erhalten. Auch ein größerer Anteil der Wähler von CDU und FDP steht bekanntlich extremen nationalistischen, rassistischen und antisemitischen Positionen, recht offen gegenüber - Mitte der 90er Jahre hat dies den Republikanern bei den Landtagswahlen kurzzeitig mehr als 10% der Stimmen eingebracht, es droht immer die Gefahr, dass sich etwas ähnliches wiederholt und die NPD dieses Potential auffängt. Nicht unterschätzt werden darf auch, dass die Verankerung der Nazis durch eine rechte Subkultur, der Ausbau von weitverzweigten Strukturen mit Stiftungen, Verlagen, Zeitungen, Läden und Versänden, Zentren, Webseiten, Bands und auch Schlägertrupps bundesweit wesentlich weiter fortgeschritten ist, als vielen Menschen bewusst ist. In einigen Regionen prägen sie bereits das Stadtbild, terrorisieren MigrantInnen, Linke und GewerkschaftsaktivistInnen. Sie sind in der Lage Millionen Euro für ihre Propaganda umzusetzen, sind in Landtagen und Gemeinderäten vertreten.

Michele: Wichtig dabei ist es auch noch festzuhalten, dass die Nazis in einigen Regionen nicht zufällig schwächer sind als in anderen, dort über weniger Infrastruktur verfügen und rechte Übergriffe seltener stattfinden. Ein maßgeblicher Grund dafür ist eben das antifaschistische Engagement: Projekttage an Schulen, antifaschistische Demonstrationen, Broschüren und Flugblätter, Aktivitäten gegen Aufmärsche der Nazis, gegen ihre Konzerte, Veranstaltungen und ihre Infrastruktur. Seit es faschistische Gruppen gibt, gibt es Menschen die auf vielfältige Weise den Widerstand gegen sie organisieren – friedlich, militant, kreativ, entschlossen, spontan, kontinuierlich, medienwirksam und konspirativ. Ihnen ist es zu verdanken, dass die Nazis immer wieder Rückschläge einstecken müssen, sie in einigen Regionen tatsächlich nur marginal vertreten sind und es bei vielen ein Bewusstsein darüber gibt, welche Gefahr die faschistischen Kräfte darstellen.
Zu behaupten, es reiche erst dann aktiv zu werden, wenn die Nazis noch mehr an politischem Einfluss gewonnen haben, ist ein Hohn den Menschen gegenüber die heute von ihnen terrorisiert werden und zeigt die völlige Ignoranz den Erfahrungen gegenüber – wenn die Nazis in größerem Rahmen an politischem Einfluss gewonnen haben, ist es zu spät um mit dem Widerstand zu beginnen.
Alles spricht also dafür, den antifaschistischen Kampf mitzutragen und zu unterstützen. Nichts spricht dafür sich zurück zu lehnen und den Nazis das Feld zu überlassen.

Welche Rolle spielen Großaufmärsche, wie der am 1. Mai, für die Nazis?

Sara: Bei solchen Aufmärschen geht es ihnen darum nach innen und außen Stärke zu beweisen. Viele schließen sich den Nazis deswegen an, weil ihnen dort ein Gefühl von Macht, von einer starken und kämpferischen Bewegung vermittelt wird. Diejenigen die am Aufmarsch teilnehmen, werden durch den Erfolg, mit hunderten oder tausenden Gleichgesinnter durch die Stadt marschiert zu sein, weiter motiviert. Für viele andere, die mit den Faschisten sympathisieren, erscheinen sie durch große Aufmärsche noch relevanter und ansprechender. Ein erfolgreicher Aufmarsch stärkt sowohl die lokalen Nazi-Gruppen vor Ort, als auch den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Strömungen der Nazis – nach Heilbronn mobilisieren am 1. Mai mehr als 50 rechte Gruppen aus Süddeutschland und darüber hinaus.
Konkret wollen sich die Nazis mit ihrem Aufmarsch am 1. Mai auch als eine Alternative zu den herrschenden Parteien darstellen und mit ihrer Hetze gegen MigrantInnen möglichst viele Menschen erreichen. Es wäre verheerend, wenn ihnen das gelingen würde, ohne dass Tausende Menschen auf die Straße gehen und offensiv vermitteln, dass die Nazis keine Alternative zu den herrschenden Verhältnissen parat haben, sondern für eine Verschärfung der Probleme stehen.

Es gibt eine Vielzahl unterschiedlicher Möglichkeiten um gegen die Nazis zu protestieren, bzw. ihnen konkreten Widerstand entgegenzusetzen. Einige der Funktionäre des DGB bevorzugen es, keine direkte Konfrontation einzugehen, sondern in Absprache mit Polizei, Innenministerium und Ordnungsamt am 1. Mai eine Demonstration und ein Fest weit ab der Route der Nazis zu machen. Was ist davon zu halten?

Michele: Es gibt innerhalb der Gewerkschaften – ich bin selbst aktives Mitglied in der IG Metall – viele Menschen die in verschiedenen wichtigen Bereichen, nicht zuletzt im antifaschistischen Kampf, aktiv sind. Leider muss aber festgehalten werden, dass sich dort auch eine Linie festgesetzt hat, die immer auf Kompromisse setzt, nur die Interessen der Mitglieder nach ein paar Euro mehr Lohn im Blick hat und tiefer gehende politische Fragen, sowie die Notwendigkeit von eigenständigem Engagement der Beschäftigten weitgehend ausblendet. Die Aktivitäten dieser Linie erwecken oftmals den Eindruck, sie hätten das Ziel kämpferische Aktionsformen, wirklichen Widerstand und auch die Thematisierung von Positionen links der Sozialdemokratie, zu sabotieren und zu verhindern. Die offizielle DGB-Mobilisierung am 1. Mai in Heilbronn muss sich dahingehend schon einige kritische Fragen gefallen lassen. Warum werden z.B. die Mitglieder der Gewerkschaften nicht intensiv darüber informiert, dass am 1. Mai in Heilbronn einer der zentralen Aufmärsche, zu dem von Dutzenden faschistischen Gruppen mobilisiert wird, stattfindet, sondern die Situation verharmlost? Warum wird von Seiten der Verantwortlichen des DGB zu einer Demonstration und einem Fest fernab von Auftaktort und Route der Nazis mobilisiert, von wo aus noch nicht einmal seh- und hörbar protestiert werden kann? Warum gibt es Stellungnahmen, die sich gegen die Blockaden aussprechen und praktisch in die selbe Kerbe schlagen wie ein Polizeisprecher – nämlich dass man gefälligst nicht entschlossen und effektiv gegen die Nazis aktiv werden soll?
Uns liegt nichts daran, uns in Grabenkämpfen mit den Verantwortlichen des DGB für den 1. Mai abzuarbeiten. Wir kümmern uns um unsere eigene Mobilisierung und hoffen auf die Beteiligung vieler Menschen, natürlich auch auf viele aus den Gewerkschaften. Jeder und Jede soll selbst entscheiden in welchem Rahmen er oder sie am 1. Mai auf die Straße geht. Wenn es von den DGB-Verantwortlichen die Befürchtung gibt, sie könnten die Führungshoheit über den 1. Mai in Heilbronn verlieren und sich allzu viele Menschen an Aktionen gegen den Naziaufmarsch und einer linken Demonstration im Anschluss beteiligen, sollten sie eher ihr eigenes Konzept überdenken als unseres in Frage zu stellen. Wir erwarten schlicht eine Akzeptanz unserer Mobilisierung von Seiten der DGB-Funktionäre und ein Verständnis darüber, dass unser aller Feind rechts steht und wir uns nicht gegenseitig Stöcke in die Beine werfen sollten.

Die Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch beinhaltet in erster Linie ein Blockadekonzept. Wie effektiv sind Blockaden auf Anfahrtswegen, Sammelpunkt und Demoroute der Nazis; was ist dabei zu beachten?

Sara: Bei vielen Anlässen hat sich schon gezeigt, dass Blockaden sehr effektiv und erfolgreich sein können. Der letzte Aufmarsch von Nazis in Stuttgart wurde 2006 durch Blockaden von friedlichen und auch militanten AktivistInnen nach wenigen Metern gestoppt, die Polizei sah keine Möglichkeit den Aufmarsch durchzusetzen und die Nazis mussten letztlich mit Sonderbussen aus der Stadt gebracht werden. Zuletzt hat sich am 19. Februar in Dresden gezeigt, dass auch ein noch so großes Polizeiaufgebot und eine bundesweite Mobilisierung der Nazis nichts ausrichten können, wenn tausende Menschen entschlossen sind den Nazis kein Stück Straße zu überlassen. Die Blockaden stehen und fallen allerdings maßgeblich damit, wie viele Menschen sich daran beteiligen. Es kommt daher auf jeden und

jede an – beteiligt Euch an den Blockaden, mobilisiert im Vorfeld auch viele Freundinnen und Freunde, verteilt Flyer, hängt Plakate auf und thematisiert die Mobilisierung wo Ihr nur könnt!

Michele: Neben der Menge an Leuten ist es auch wichtig, dass wir alle möglichst entschlossen sind und in stressigen Situationen cool bleiben. Von Seiten der Polizei wird z.B. schon im Vorfeld und erst recht am entscheidenden Tag versucht die AktivistInnen einzuschüchtern. Es wird mit Festnahmen und Verfahren gedroht, man wird evtl. herumgestoßen, erhält Platzverweise und wird vielleicht sogar bis zum Abend in Gewahrsam genommen. Blockaden sind aber eine legitime und notwendige Aktionsform, an der sich tausende Menschen jeden Alters und aus den unterschiedlichsten Kreisen beteiligen. In der Regel gibt es auch die Möglichkeit, sich an eher unstressigen Stellen der Blockaden, z.B. in den hinteren Reihen oder an der Seite zu aufzuhalten und das Risiko eines Polizeiübergriffs eher gering zu halten. Sollte es tatsächlich zu einer Festnahme und vielleicht sogar zu einem Strafverfahren kommen, was in seltenen Fällen passiert, wird niemand alleine gelassen. Anti-Repressionsstrukturen wie die Rote Hilfe vermitteln Kontakte zu Anwälten, schaffen Öffentlichkeit und unterstützen die Betroffenen finanziell. Auch wenn Polizei und Justiz versuchen Panik zu verbreiten – noch sind wir in der BRD nicht soweit, dass Akte des Zivilen Ungehorsams mit drakonischen Strafen belegt werden können! In jedem Fall empfiehlt es sich, im Vorfeld mit Freundinnen und Freunden zu sprechen und am Tag selbst eine Bezugsgruppe zu haben mit der man Bedenken besprechen und Ideen entwickeln kann. Ist man von irgendeiner Art der staatlichen Repression betroffen, sollte per eMail oder persönlich Kontakt zur Roten Hilfe oder einer der an der Organisierung der Aktivitäten beteiligten Gruppen aufgenommen werden.

Einige Gruppen die zu den Blockaden mobilisieren, legen großen Wert darauf, dass diese absolut friedlich bleiben. In einigen Fällen geht diese Positionierung soweit, dass es Distanzierungen von militanten Aktionsformen, wie Angriffen auf Busse der Nazis u.ä. gibt. Wie ist das Verhältnis von friedlichen zu militanten Aktionsformen einzuschätzen?

Sara: Es ist natürlich legitim, wenn Menschen für sich entscheiden, sich einem Nazi-Aufmarsch gewaltfrei entgegen zu stellen. Niemand sollte eine Aktionsform aufgezwungen werden. Es ist aber, wie bei den massenhaften Protesten gegen Stuttgart 21 teilweise zu sehen war, auch völlig richtig Gewaltfreiheit nicht unbedingt mit Passivität gleichzusetzen. So ist es z.B. nicht als Gewalt anzusehen, wenn Polizeiketten durchbrochen oder Absperrgitter beseitigt werden. Diejenigen die solche Vorgehensweisen als richtig und notwendig erachten, haben die Möglichkeit in den vorderen Reihen aktiv zu werden, wem dies zu heikel ist kann sich dabei einfach zurück halten. Gerade wenn die Blockaden groß sind – und davon gehen wir für die Mobilisierung in Heilbronn aus – gelingt es eigentlich immer einen Bereich zu finden in dem die Lage übersichtlich ist und alle sich entsprechend ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen einbringen – vom miteinander auf dem Boden sitzen und Lieder singen bis hin zum Überwinden von Polizeiabsperrungen. Wichtig ist es dabei aber immer, dass diejenigen die ein eher offensives Vorgehen bevorzugen unbedingt Rücksicht auf die anderen nehmen; konkret: es wäre taktisch verheerend und ist auch sonst in keiner Weise zu rechtfertigen, wenn aus einer Sitzblockade heraus Pflastersteine geworfen würden, darüber sind sich in der Regel aber auch alle im Klaren.

Michele: Neben den friedlichen Blockaden, haben sich auch konkrete militante Aktionen gegen die Nazis als effektiv und notwendig erwiesen. Ich möchte hier keineswegs zu Straftaten aufrufen, aber auch dieser Bereich muss sachlich thematisiert werden. Attacken auf Treffpunkte und Veranstaltungsorte der Nazis, die Beseitigung ihrer Wahlpropaganda, Barrikaden gegen ihre Aufmärsche, Angriffe auf ihre Busse und Autos usw. usf. sind seit jeher ein Teil des antifaschistischen Kampfes. Die Ideologie der Nazis ist von Grund auf menschenverachtend, alles wofür sie stehen und wofür sie sich einsetzen, zielt darauf ab Minderheiten oder politisch emanzipierten Menschen zu schaden, sie rechtfertigen die unbeschreiblichen Verbrechen des deutschen Faschismus und terrorisieren, dort wo sie stark sind, Menschen die nicht in ihr beschränktes Weltbild passen. Wie sollte es zu rechtfertigen zu sein, sie ge-

Bilder von oben nach unten:

Battle of Cable Street 1936 in London: die BewohnerInnen und antifaschistische AktivistInnen, insgesamt mehrere hunderttausend Menschen, wehrten sich mit Blockaden und Barrikaden gegen den Aufmarsch der „British Union of Fascists“. 10 000 Polizisten versuchten den Aufmarsch durchzusetzen, weitere 4000 berittene Polizeikräfte wurden später noch hinzugezogen. Durch Polizeiübergriffe werden mehrere hundert Menschen verletzt, dennoch wurde der Aufmarsch verhindert. Bis heute erinnern eine Plakette und eine Wandmalerei an das Ereignis.

Endlich besiegt - Soldat der Roten Armee 1945 mit dem Kopf einer Hitler-Statue. Mehr als 20 Millionen Menschen fielen allein in der Sowjetunion dem Angriff Nazi-Deutschlands zum Opfer.

Eric Cantona geht 1995 während einem Spiel gegen ein Mitglied der National Front (NF), wegen dessen rassistischen Pöbeleien, vor. Später nannte Cantona den Tritt den „Höhepunkt seiner Karriere“ und bedauerte es, „den Rassisten nicht noch besser getroffen“ zu haben. Der Stürmer-Star wurde von den ManUnited-Fans im Jahr 2000 zum wichtigsten Spieler des 20. Jahrhunderts gewählt.

Stuttgart 28.01.2006 - Nazis auf der Flucht: Eine Gruppe Nazis versuchte am Rande ihres Aufmarsches, vermummt und mit Knüppeln bewaffnet, gegen AntifaschistInnen vorzugehen. Sie wurden wiederum von militanten AntifaschistInnen angegriffen und mussten sich schließlich in eine Polizeiwache flüchten. Dank entschlossener Blockaden kam der Aufmarsch nur wenige Meter weit und musste dann trotz eines enormen Polizeiaufgebotes abgebrochen werden. Seitdem fand kein weiterer Versuch von Nazis, in Stuttgart aufzumarschieren, mehr statt.

Ulm am 1. Mai 2009: AntifaschistInnen versuchten trotz stetiger Polizeiangriffe und willkürlichen Festnahmen, den Aufmarsch der Nazis zu blockieren.
Der Ulmer Oberbürgermeister Ivo Gönner und Funktionäre des DGB hatten es schließlich zu verantworten, dass die Nazis weitgehend ungestört marschieren konnten. Sie vereinbarten mit der Polizei, dass hunderte angereiste AntifaschistInnen, die an der Bündnisdemo teilnahmen, eingekesselt und festgenommen werden sollten. Gönner feierte später die Festnahme der „Antifa-Gewalttäter“, während das polizeiliche Vorgehen gerichltich sogar als rechtswidrig eingestuft wurde.











währen zu lassen und ihnen nicht überall und mit allen Mitteln Widerstand entgegen zu setzen?! Viele AntifaschistInnen nehmen staatliche Verfolgung und Gefängnis in Kauf, nicht weil sie Freude an militanten Aktionen gegen Nazis haben, sondern weil sie davon ausgehen, dass auch diese Ebene des Kampfes notwendig ist. Liegen sie damit falsch? Haben die vielen Erfolge, verhinderte Nazi-Aufmärsche, geschlossene Treffpunkte, Schwächung von Nazi-Strukturen, ihnen nicht ebenso recht gegeben, wie die Tatsache dass die Gewalt der Nazis dort am heftigsten ist, wo sie eben nicht oder nur wenig mit direktem antifaschistischem Widerstand konfrontiert werden? Zwangsläufig stellt sich (nicht nur) in diesem Zusammenhang auch die Frage wie legitim und sinnvoll Auseinandersetzungen mit der Polizei sind, schließlich werden mehr als 1000 Polizisten aufgefahren, um den Nazis den Weg frei zu machen. Eine ausführliche Einschätzung dazu würde den Rahmen hier leider Sprengen, daher nur so viel dazu: auf Seiten der Polizei befinden sich genau die Herren und Damen die vor wenigen Monaten im Stuttgarter Schlossgarten hunderte friedlich protestierende Menschen teilweise schwer verletzt haben um Stuttgart 21 durchzusetzen, die ein paar Wochen später in Heilbronn eine Demonstration gegen die Angriffe des türkischen Militärs auf Kurdistan gewaltsam auflösten und dabei u.a. eine 16jährige ins Krankenhaus prügelten - die Auflistung könnte noch unendlich weit fortgeführt werden. Wenn die gleichen Einheiten nun versuchen den rechten Hetzern und Mördern die Straße frei zu prügeln, sollte es nicht groß verwundern wenn sich einige Leute dagegen wehren und sich nicht alles gefallen lassen. In einigen Situationen macht eine Konfrontation mit der Staatsmacht keinen Sinn, ganz sicher macht es jedoch auch keinen Sinn, jegliche Gegenwehr, jegliche Konfrontation und jegliche Möglichkeit die richtigen Ziele auch gegen die staatliche Gewalt durchzusetzen, grundsätzlich als falsch anzusehen.

Militanz ist kein Allheilmittel und es ist unbedingt notwendig, mit ihr gut überlegt und sensibel umzugehen. Wer aber quasi einer Selbstentwaffnung das Wort redet, wer versucht die antifaschistische Bewegung in „gute friedliche" und „böse militante" zu spalten schwächt die Bewegung und tut bewusst oder unbewusst den Nazis damit einen Gefallen. Innerhalb der Bewegung und unter den vielen AktivistInnen der unterschiedlichsten Strömungen, gilt es sich sachlich und solidarisch über legitime und effektive Aktionsformen auszutauschen. Genau das findet in der Regel auch statt. Die Hetze und die Spaltungsversuche von Seiten der bürgerlichen Medien, der konservativen und bürgerlichen Parteivertreter sind allerdings entschieden zurück zu weisen. Die Heucheleien dieser Personen, die noch jeden Krieg mitgetragen und gerechtfertigt haben, die ein System preisen in dem jeden Tag Tausende verhungern, sind kein Maßstab für unsere Aktionsformen.

Der 1. Mai rückt immer näher, wie läuft die Mobilisierung gegen den Nazi-Aufmarsch bisher, wie könnte der Tag konkret aussehen?

Sara: Beim aktuellen Stand, knapp 2 Wochen vor dem 1. Mai, schätzen wir die Mobilisierung recht optimistisch ein. Aus ganz Baden-Württemberg und natürlich insbesondere aus der Region Heilbronn werden viele Menschen zu den Blockaden kommen. Wenn es klappt, dass Viele schon frühzeitig, das heißt um etwa 9 Uhr da sind, wenn Viele auch mobil sind und wir auf eventuelle Ausweichversuche der Nazis reagieren können, kann es durchaus gelingen, zu verhindern dass die Nazis mit ihrer menschenverachtenden Propaganda durch die Straßen ziehen. Die Versuche von Behörden und Polizei, mit Plakaten und Zeitungsartikeln die Menschen davon abzuhalten, am 1. Mai gegen die Nazis aktiv zu werden, darf nicht unterschätzt werden, bei der guten Resonanz die die Mobilisierung momentan erhält, erscheinen diese Versuche aber fast schon ein wenig wie das berühmte Pfeifen im Wald.

Auf jeden Fall wird es die größte antifaschistische Mobilisierung, die Heilbronn in den letzten Jahrzehnten erlebt hat. Wer nicht dabei ist, muss sich sicher später das eine oder andere Mal fragen lassen wo er oder sie denn an diesem Tag eigentlich war.

Es soll am 1. Mai auch noch eine große linke 1. Mai Demonstration im Anschluss an die Blockaden geben. Wie ist das Verhältnis der linken und revolutionären Mobilisierung zu den Aktivitäten gegen die Nazis?

Michele: In der ersten Hälfte des Tages werden Menschen aus unterschiedlichen Strömungen gemeinsam versuchen den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Anschließend mobilisieren linke und revolutionäre Gruppen zu einer überregionalen 1. Mai Demonstration in Heilbronn. Es geht dabei darum, am traditionellen Kampftag der ArbeiterInnenklasse offensiv eigene Inhalte auf die Straße zu tragen - Nazis sind schließlich längst nicht das einzige Problem in der heutigen Gesellschaftsordnung. Wir werden mit der Demonstration die Notwendigkeit einer Perspektive jenseits des kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungssystems propagieren und für eine Welt ohne imperialistische Kriege, ohne die Zerstörung der Umwelt und ohne die Ausrichtung sämtlicher Bereiche nach Kapitalinteressen demonstrieren. Die beiden Mobilisierungen ergänzen sich dabei natürlich. Bei den Blockade-Aktionen sind maßgeblich auch Aktive aus linken und revolutionären Gruppen beteiligt. Aus vielen Städten reisen Leute nicht nur wegen den Aktivitäten gegen die Nazis an, sondern weil es ihnen auch wichtig ist, am 1. Mai, gemeinsam mit vielen anderen AktivistInnen, eine eigenständige linke und kämpferische Demonstration durchzuführen. ■

Alle auf die Straße!

Samstag, 30. April:

In Stuttgart gibt es ab 15 Uhr eine Bündnis-Demonstration, Auftakt ist auf dem Marktplatz. Die Demonstration steht für die jährlichen lokalen klassenkämpferischen und revolutionären 1. Mai Aktivitäten. Anschließend findet im und vor dem Linken Zentrum ein Polit- und Kulturfest statt, mit dem *Freien Chor*, *Crument* (Polit-HipHop), *Chaos Quartett* (Kabarett), Infotischen und mehr.

Aus Tübingen findet eine gemeinsame Anreise zur Demo in Stuttgart statt. Treffpunkt: 13:20 Uhr in der Bahnhofshalle.

In Mannheim findet ab 15 Uhr ebenfalls eine Demo statt. Danach gibt es eine gemeinsame Anreise zum Straßenfest in Heidelberg.

Es wird jeweils auch Übernachtungsmöglichkeiten für alle geben, die am nächsten Tag mit zu den Aktivitäten nach Heilbronn kommen!

Sonntag, 01. Mai:

In Heilbronn sollen ab dem morgen um 9 Uhr Blockaden und weitere Aktionen stattfinden, um zu verhindern dass sich die Nazis am Bahnhof treffen, bzw. von dort durch die Innenstadt marschieren können. Zu den Blockaden rufen zahlreiche Gruppen und Organisationen auf – wir hoffen dass wir Tausende sein werden, die sich den Nazis entgegenstellen!

Am Nachmittag findet dann eine linke 1. Mai Demonstration statt. Wir werden uns dabei gemeinsam mit einer großen Manifestation die Straße nehmen und deutlich machen wofür der 1. Mai steht: Für internationale Solidarität und eine Perspektive jenseits des Kapitalismus!

Leider weit entfernt vom Geschehen, mobilisiert der DGB in Heilbronn zu einer Demonstration am morgen und einem anschließenden Fest. Diejenigen die von einer 1. Mai Mobilisierung mehr erwarten als biedere Reden und Würstchenstände, die nicht wegschauen, sondern sich den Nazis entgegenstellen, werden allerdings bei den Blockaden und der kämpferischen Demonstration zu finden sein.

Es gibt aus vielen Städten eine gemeinsame Anreise per Bus oder Bahn! Achtet auf weitere Ankündigungen, unterstützt die Mobilisierungen und kommt zu den Aktivitäten!

Diese Zeitung wird herausgegeben von:

Marxistische Aktion Tübingen | www.marxistische-aktion.de
Revolutionäre Aktion Stuttgart | www.revolutionaere-aktion.tk
Revolutionäre Linke Heilbronn | www.rlhn.org
und AktivistInnen aus mehreren Städten

Sie wird mitgetragen und unterstützt von:
Antifa Jugend Ludwigshafen/Mannheim | www.antifajugend.tk
Antifaschistische Linke Bühl/Achern | www.alba.blogsport.de
Rote Aktion Mannheim | www.roteaktion.blogsport.de
Antifaschistische Linke Freiburg | www.antifaschistische-linke.de
Linke Aktion Villingen/Schwenningen | www.linkeaktion.blogsport.de

V.i.S.d.P: Hans Beimler, Rote Str. 1, Stgt.